

## Abstimmungsvorlagen vom 08. März 2026

### NEIN zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung



Nur sehr knapp hat der Nationalrat der Einführung einer neuen Individualbesteuerung für verheiratete Paare zugestimmt. Im Ständerat war der Entscheid hauchdünn: 22 gegen 21 Stimmen. Hingegen lehnt die Konferenz der Kantonsregierungen die Individualbesteuerung ab. In der Vernehmlassung

haben 21 der 26 Kantone die Vorlage abgelehnt.

#### Argumentarium:

- Nein zum Angriff auf Mittelstand und Familien: Der Mittelstand wird durch eine neue Heiratsstrafe benachteiligt. Nur wenige Doppelverdiener-Paare mit hohem Einkommen profitieren von der Individualbesteuerung.
- Nein zum massiven Mehraufwand für Ehepaare: Neu müssen zwei Steuererklärungen pro Familie ausgefüllt werden. Das bedeutet 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen pro Jahr.
- Nein zur steuerlichen Aufteilung des Besitzes der Eheleute: Damit das Vermögen eines Ehepaars individuell versteuert werden kann, müsste sein Besitz wie bei einer Scheidung aufgeteilt werden.
- Nein zum milliardenteuren Bürokratiemonster: Die Individualbesteuerung kann nur mit massiven zusätzlichen Einschätzungsexperten/innen sowie mit millionenteuren IT-Projekten in allen 26 Kantonen umgesetzt werden – auf Kosten der Steuerzahlenden.

### NEIN zur SRG-Initiative



**Die SRG-Initiative gefährdet den Service public und schwächt den nationalen Zusammenhalt.**

Die Mitte lehnt die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» ab. Eine Senkung der Radio- und Fernsehgebühren auf 200 Franken sowie die

vollständige Befreiung der Unternehmen würde die SRG finanziell halbieren und zu massiven Sparmassnahmen führen. Tausende Arbeitsplätze wären betroffen, zahlreiche Regionalstudios müssten schliessen und lokale Produktionen würden wegfallen. Dies schwächt den Service public und gefährdet die Medienvielfalt sowie den nationalen Zusammenhalt.

Der Bundesrat hat die Anliegen bereits aufgenommen: Die Gebühren werden schrittweise auf 300 Franken gesenkt, kleine Unternehmen von der Abgabe befreit. Das Parlament unterstützt diesen ausgewogenen Ansatz.

### Abstimmungsparolen vom 08. März 2026

**NEIN** zur Individualbesteuerung

**NEIN** zur SRG-Initiative

**NEIN** zur Bargled-Initiative **JA** zum direkten Gegenvorschlag

**NEIN** zur Klimafond-Initiative

**JA** zum Ausbau der Kantonsstrasse K36 durch die Lammschlucht im Entlebuch

### Agenda 2026

#### Parteiversammlung

Mittwoch, 27. Mai 2026, 20 Uhr, Bürgersaal Zentrum Linde, mit Gastreferat von Pius Kaufmann, Nationalrat Die Mitte

#### Gemeindeversammlung

Dienstag, 09. Juni 2026, 20 Uhr, Zentrum Linde

#### Mitte-Plus Anlass

Donnerstag, 15. Oktober 2026  
Ein Dankeschön für unsere Gönner

#### Partei- und Generalversammlung

Mittwoch, 02. Dezember 2026, 19.00 Uhr

#### Gemeindeversammlung

Dienstag, 15. Dezember 2026, 20.00 Uhr, Zentrum Linde

Reservieren Sie sich die Termine schon heute. Wir freuen uns auf Sie.

## NEIN zur Initiative «Bargeld ist Freiheit» JA zum direkten Gegenvorschlag



**Forderungen der Initiative sind bereits gesetzlich garantiert. Den direkten Gegenentwurf unterstützt Die Mitte.**

Die Mitte lehnt die Volksinitiative «Ja zu einer freien und unabhängigen Schweizer Währung in Form von Münzen und Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» ab. Die Bargeldversorgung und die Verwendung des Schweizer Frankens sind bereits durch das Nationalbankgesetz (NBG) und das Währungs- und Zahlungsmittelgesetz (WZMG) garantiert. Die in der Initiative vorgeschlagenen

Formulierungen sind unpräzise und rechtlich schwer auszulegen.

Die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) hat abschliessend die Nein-Parole gefasst.

Die NKPP unterstützt jedoch den direkten Gegenentwurf. Er verankert die bereits gesetzlich vorgesehenen Garantien in der Verfassung, indem die Rechtsgrundlage gestärkt und eine sichere Versorgung mit Bargeld in Schweizer Franken gewährleistet wird. Auch die Mitte unterstützt den direkten Gegenvorschlag.

## NEIN zur Klimafond-Initiative



Die Mitte lehnt die Klimafonds-Initiative ab. Die Forderung, jährlich 0,5 bis 1% des BIP – bis zu 9,5 Milliarden Franken – in einen neuen Klimafonds zu investieren, würde den Bundeshaushalt massiv belasten und die Schuldenbremse schwächen. Zudem besteht die Gefahr, dass der Fonds über Steuern finanziert werden müsste, was Haushalte und Unternehmen belasten würde.

Der Bund investiert bereits heute rund 2 Milliarden Franken pro

Jahr in Klimaschutz und Energiewende sowie zusätzlich 600 Millionen in die Biodiversität. Mit dem Klimaschutzgesetz, dem CO<sub>2</sub>-Gesetz und dem Stromversorgungsgesetz sind die zentralen Anliegen der Initiative bereits abgedeckt. Ein zusätzlicher Fonds schafft keinen Mehrwert, birgt aber neue Risiken und Abhängigkeiten.

## JA zum Ausbau der Kantonsstrasse K 36 durch die Lammschlucht im Entlebuch



Zur Abstimmung kommt im Kanton Luzern die zweite Etappe des Ausbaus der Kantonsstrasse K36 durch die Lammschlucht im Entlebuch. Der Ausbau des ersten Abschnitts «Chlusboden» ist bereits abgeschlossen. Für die zweite Etappe des Ausbaus hat der Kantonsrat einen Sonderkredit für 38.937 Millionen Franken gesprochen.

Der zweite Abschnitt «Lammschlucht» führt durch steiles und felsiges Gelände. Er umfasst die Strecke von Unter Lammschlucht bis Unter Tendli. Dort gibt es oft Steinschläge, die die Strassen blockieren. Strasse und Brücken und andere Bauten sind in schlechtem Zustand. Zudem ist die Strecke teils sehr kurvig und so schmal, dass sich grosse Fahrzeuge nur schlecht kreuzen können.

Die Vorlage wurde im Kantonsrat von keinem Ratsmitglied bekämpft.